

Archivierung ist eine gesetzlich festgelegte Pflichtaufgabe für das Land, die Kreise und die Kommunen. Insbesondere Kreisarchive werden gebraucht, um den kreisangehörigen Kommunen fachliche Hilfestellung zu geben – mit welchen konkreten Maßnahmen setzen Sie die gesetzlichen Aufgaben in allen Kommunalverwaltungen durch?

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Kreise erfüllen die Aufgabe der Archivierung und Nutzbarmachung der bei ihnen entstandenen Unterlagen in eigener Verantwortung. So ist es im Landesarchivgesetz vorgesehen. Insofern kann das Land die Kreise nur indirekt unterstützen. Das muss vor allem durch ein modernes und gut aufgestelltes Landesarchiv geschehen. Wir wollen außerdem die Landesbibliothek zu einem Kompetenzzentrum für Digitalisierung und Kultur ausbauen. Durch Beratungs- und Workshop-Angebote kann so die digitale Transformation der kulturellen Infrastruktur unterstützt werden. Davon wird auch das Archivwesen profitieren.

CDU:

Die Kommunen sind gem. §§ 1 und 2 Landesarchivgesetz verpflichtet zu archivieren, d.h. zu verwalten und zu sichern. Das betrifft Kreise, Gemeinden, Ämter, Zweckverbände (außer Eigenbetriebe) und sonstige der Aufsicht des Landes unterstehende Träger der öffentlichen Verwaltung. Gem. §§ 2 + 15 LArchG geschieht dies jeweils eigenverantwortlich“. Die Kommunalaufsicht unterstützt und beaufsichtigt die kommunalen Aufgaben. Die kommunale Selbstverwaltung kontrolliert die Kommunalverwaltung.

FDP:

Die größte Herausforderung sehen wir im Personalmangel auf Kommunalebene. Hier haben wir die Chance, über eine stärkere Digitalisierung eine Verbesserung zu erreichen, indem eine stärkere Vernetzung und zentrale Administration dazu führt, dass die Arbeit der Archivare erleichtert und vor allem der Austausch untereinander gefördert wird. Die Coronakrise hat gezeigt, dass nicht nur in Schulen großer Nachholbedarf bei der Digitalisierung besteht; vor allem in Behörden und Verwaltungen wollen wir, dass ein Umdenken einsetzt. Die Digitalisierung muss auch in den Archiven mit größerem politischen Willen, mehr finanziellen Mitteln und durch einen Mentalitätsumschwung dynamischer angegangen werden. Das Land Schleswig-Holstein ist Anteilseigner an Dataport, das als Anstalt öffentlichen Rechts der IT-Dienstleister für die öffentliche Verwaltung ist. Wir wollen die Kapazitäten bei Dataport ausbauen und die Umsetzungen beschleunigen, damit die Zeiten von der Planung bis zur Realisierung von Projekten deutlich verkürzt werden und so die Digitalisierung schneller vorangetrieben wird.

SPD:

In dem 1992 verabschiedeten Landesarchivgesetz wurde die Führung von Archiven zur Aufgabe der kommunalen Gebietskörperschaften erklärt, sei es durch die Gründung eigener Archive oder durch Bildung von Gemeinschaftsarchiven sowie mit der Option, Akten ans Landesarchiv abzugeben. In vielen Fällen war das Landesarchiv dazu jedoch nicht bereit, weil es dazu nicht genügend Ressourcen (Räumlichkeiten, Personal, Finanzen) hatte und hat. Es hat sich in den folgenden Jahren gezeigt, dass

viele Gebietskörperschaften damit überfordert waren, eigene Archive einzurichten. Wir wollen deshalb mit den Kommunalen Landesverbänden, aber auch mit dem Verband der Kommunalarchivare in einen Dialog eintreten, um den §15 des Landesarchivgesetzes den Gegebenheiten und den Möglichkeiten der Kommunen so anzupassen, dass das Ziel, die schriftliche Überlieferung der Kreise, Kommunen u. a. auf die Dauer zu sichern, mit den vorhandenen Ressourcen erreicht werden kann.

SSW:

Wir fordern die Novellierung des Archivgesetzes, um die Archive im Sinne der Digitalisierung modern aufzustellen. Außerdem braucht es einen Ausbau der Magazine und zusätzliche Stellen. Das Land muss Gespräche mit den Kreisen und Kommunen führen, um dort, wo die gesetzliche Pflichtaufgabe der Archivierung noch nicht fachgerecht umgesetzt wird, endlich voran zu kommen. Es bleibt jedoch unumgänglich, dass die Selbstverwaltung vor Ort ebenfalls ein Interesse daran hat, dass das Archivwesen funktioniert, um Überlieferungslücken zu vermeiden. Als Hilfsstellung wären wir aber bspw. bereit, Projektmittel für den Aufbau neuer Archive in den Kreisen bereitzustellen. Außerdem teilen sich zuweilen kleine Archive Archivar*innen. Sie brauchen Hilfestellung bei der Beantragung von Fördermitteln, hierfür würden wir uns gerne an den Archivberatungsstellen wie in Potsdam orientieren.